№. 6. 1861.



Erscheint wöchentlich drei Mal Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Der vierteljährl. Pränumerations-Preis für Einheimische beträgt 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königlichen Post-Anstalten 18 Sgr. Pf.

Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittag 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die 3spaltige Corpuszeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei. Sonnabend, den 12. Januar. [Redakteur Ernst Lambeck.]

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 9. Januar. Nach einer Mittheilung der „Frankf. Post-Ztg." hat sich die englische Regierung am 8. Dezbr. in einer nach Berlin gerichteten Depesche mit Bestimmtheit für die Aufrechthaltung des dänischen Gesammtstaates und gegen jede Einwirkung des deutschen Bundes auf die Verhältnisse Schleswigs ausgesprochen. Von hier aus wird dem genannten Blatte darüber noch Folgendes geschrieben: Es wird in jedem Aktenstück die Depesche beantwortet, in welcher Herr v. Schleinitz die englischen Vermittelungs-Vorschläge in Sachen Schleswig-Holsteins abgelehnt hatte. Lord Russell beginnt mit der Bemerkung, daß es selbstverständlich der preußischen Regierung überlassen bleibe, in voller Freiheit sich über die Annehmbarkeit dieser Vorschläge zu entscheiden. Es wird sodann zugegeben, daß der König von Dänemark in Bezug auf Schleswig, betreffs der Grundzüge der neuen Ordnung der Dinge, wenn auch vielleicht nicht gerade streng bindende, so doch „Ehren"-Verpflichtungen übernommen habe, aber es wird gleichzeitig ausgesprochen, daß nach der Ansicht des englischen Kabinets jene Grundzüge in Gemäßheit der übernommenen Verpflichtung ins Leben geführt seien und daß Preußen oder der deutsche Bund nicht das Recht ansprechen könne, die Regierung und Verwaltung in Schleswig im Einzelnen einer Kritik und Kontrole zu unterziehen. Die Schlußhinweisung der preußischen Depesche endlich auf die Erscheinung, daß das Prinzip der Nationalität, welches die englische Regierung in Italien so warm unterstütze, in Schleswig einen Gegner an ihr fände, wird mit der Bemerkung abgelehnt, daß in Italien wirklich eine einheitliche Nationalität vorhanden, in Schleswig aber notorisch eine nahezu gleich getheilte Bevölkerung seßhaft sei. — Den 10. Januar. Die Abwesenheit des preußischen Bundestagsgesandten Herrn v. Usedom von Frankfurt, der sich hierher begeben hat, ist vorläufig auf 14 Tage festgesetzt. Die Reise desselben nach Berlin bezieht sich auf mehrere der wichtigeren Fragen, welche gegenwärtig am Bunde schweben, namentlich in Betreff der Revision der Bundeskriegsverfassung, des Schutzes der deutschen Nord- und Ostseeküsten und der holsteinischen Angelegenheit. — Zur Begrüßung des Königs ist am 8. der Graf von Flandern und am 9. der Prinz Murat in Berlin eingetroffen. — Die Königin-Wittwe wird noch etwa 14 Tage auf Sanssouci verbleiben und alsdann im Königl. Schloß zu Charlottenburg Wohnung nehmen. Es wird uns versichert, daß der Bundestagsgesandte für Holstein und Lauenburg für einen bestimmt gegebenen und durchaus nicht für unwahrscheinlich gehaltenen Fall bereits die Weisung erhalten habe, Frankfurt sofort zu verlassen. — Die Verspätungen der Eisenbahnzüge dauern noch immer fort, so traf gestern Abend der Schnellzug von Frankfurt a. M. erst Mitternacht und der Kölner Kourierzug von heute erst im Laufe des Vormittags hier ein, daher die Anschlüsse nach Königsberg und Breslau nicht erreicht wurden. — Von allen Seiten wird versichert daß der Erlaß einer Amnestie in den nächsten Tagen und noch vor dem Zusammentritt der Kammern erfolgen wird. Den „Hamb. Nachr." wird darüber von hier berichtet: „Der bevorstehende Erlaß wird diejenigen politischen Vergehen und Verbrechen umfassen, die nach Art. 49 der Verfassung von dem Träger der Krone amnestirt werden können. Ueber den für die anderen einzuschlagenden Weg ist dem Anschein nach noch keine definitive Entscheidung getroffen. Die in Frage kommenden Personen können aufgefordert werden, sich vor die Gerichte zu stellen und die Beendigung der Untersuchung (welche, wenn sie einmal eingeleitet, der König nicht niederschlagen kann) durch einen freisprechenden oder verurtheilenden Richterspruch herbeiführen zu lassen. In dem letztern Falle würden sie alsdann der Wohlthat der Amnestie theilhaftig werden. Dies Verfahren würde aber eine vielleicht weitläufige und kostspielige Scheinprozedur herbeiführen. In einem andern Wege würde den Kammern ein dahin zielender Gesetzesvorschlag für die bezeichneten Fälle laut Art. 49 der Verfassung vorgelegt werden."

Man darf nach unserer Ansicht als gewiß annehmen, daß die Entscheidung bereits im letzteren Sinne erfolgt ist. Die andere im Vorstehenden bezeichnete Alternative würde weder der ohne Zweifel auf eine rasche Erledigung der Angelegenheit gerichteten Absicht, nach der Würde der Gerichtshöfe entsprechen, da die Urtheile von vorn herein keine ernsthafte Bedeutung haben könnten, ganz abgesehen davon, daß das Verfahren die Betheiligten einer Reihe unnützer Formalitäten aussetzen würde.

Artikel 49 der Verfassung beschränkt das Begnadigungsrecht, wie oben erwähnt, insofern, als bereits eingeleitete Untersuchungen nur auf Grund eines besonderen Gesetzes, also unter Zustimmung der Kammern, niedergeschlagen werden können. In diese Kategorie scheinen auch alle Kontumacial-Urtheile zu gehören; sie sind insofern nicht rechtskräftig, als nach dem neuen Straf-Gesetzbuch bei Urtheilen, die in Abwesenheit des Angeklagten verkündet sind, die zehntägige Appellations-Frist erst mit dem Ablauf desjenigen Tages ihren Anfang nimmt, an welchem dem Angeklagten die Ausfertigung des Urtheils behändigt worden ist. Es wird demnach für diese Fälle in der bevorstehenden Session den Kammern ein besonderes Amnestiegesetz vorgelegt werden, während für alle übrigen die Begnadigung unmittelbar durch den königlichen Erlaß erfolgt. Es ist zu hoffen, daß auch die letzten Nachwirkungen bereits verbüßter Strafen auf die bürgerliche Existenz aufgehoben werden, nicht allein in Betreff der Ehrenrechte im strengeren Sinn, sondern auch auf dem Felde der Paßkarten und auf ähnlichen Gebieten, wo bisher noch eine unklare Praxis nicht nur vielfache Verstimmung, sondern auch sehr fühlbare materielle Nachtheile im Gefolge hatte.

Eltville, den 6. Januar. Die auf heute Nachmittag hierher ausgeschriebene Versammlung von Mitgliedern und Freunden des Nationalvereins war trotz der mannigfachen noch immer fortbestehenden Verkehrsschwierigkeiten zahlreich besucht. Aus dem Nassauischen (aus Wiesbaden und dem gesammten Rheingau) hatten sich die Anhänger der nationalen Sache in vorwiegender Menge eingefunden; doch auch Rheinhessen, namentlich Mainz, hatte ein zahlreiches Kontingent gestellt. Aus Frankfurt hatten sich außer Anderen der Präsident der gesetzgebenden Versammlung, Dr. Müller, und Herr Sonnemann eingefunden. Auch der unermüdliche Apostel des Nationalvereins, Herr Metz aus Darmstadt, war herübergekommen. Von den Ausschußmitgliedern des Vereins waren noch Dr. Lang und Herr Gourde anwesend, beide aus Wiesbaden und Mitglieder der nassauischen ersten Kammer. Die nassauische zweite Kammer war gleichfalls vertreten, unter Andern durch den Präsidenten derselben, Dr. Braun und Herrn König Letzterer übernahm den Vorsitz der Versammlung, indem er die Anwesenden, etwa 250 an der Zahl, im Rheingau willkommen hieß. Hiernach nahm Dr. Metz das Wort, um in einem fast dreiviertelstündigen Vortrage über Entstehung, Entwickelung und Zweck des Nationalvereins zu sprechen, wobei er sich namentlich die Aufgabe stellte, den Verein gegen die Vorwürfe und Vorurtheile zu vertheidigen, die ihm von verschiedenen Seiten entgegengestellt werden. Herr Sonnemann aus Frankfurt lenkte sodann die Aufmerksamkeit auf die Verfolgungen, welchen die Nationalvereinsmitglieder im Großherzogthum Hessen ausgesetzt seien, wie trotz der eingeleiteten Untersuchungen und verhängten Gefängnißstrafen die Mitgliederzahl jeden Tag in überraschender Weise sich vermehre, wie den 109 wackeren Offenbachern, welche durch ihren Massenbeitritt die Bahn gebrochen haben, vor wenigen Tagen 112 Mainzer Bürger gefolgt seien, und wie seitdem in allen Theilen des Landes Massenbeitritte erfolgen. Die hessische Regierung scheine sich hierdurch überzeugt zu haben, daß sie allein dem Umsichgreifen des Vereins nicht Einhalt thun könne und deshalb habe sie gestern einen letzten Versuch gemacht und den Bundestag zur Unterdrückung des Vereins aufgefordert. Die heutige Versammlung solle dadurch aus ihrer lokalen Bedeutung heraustreten, daß sie den ersten Beschluß in dieser Angelegenheit fasse und alle deutschen Stämme auffordere, mit allen gesetzlichen Mitteln diesem Antrage entgegenzuwirken. Der Antrag wird von Dilthey aus Rüdesheim und Trabert aus Wiesbaden auf's Nachdrücklichste unterstützt. Sofort bildete sich eine Redaktionskommission, bestehend aus Braun, Lang, Metz und dem Antragsteller. Sie beantragte folgende öffentliche Erklärung in allen deutschen Staaten möglichst rasch verbreiten zu lassen:

„Die Versammlung sieht in dem bei dem Bundestage eingebrachten, auf Unterdrückung des deutschen Nationalvereins abzielenden Antrage der großh. hess. Regierung vom 5. Januar eine neue Aufforderung zur Ueberschreitung der Befugniße des Bundestags und eine neue Mißachtung gesetzlich verbriefter Rechte. Sie fordert alle deutschen Bürger auf, durch ihre gesetzlichen Organe dahin wirken, daß dieser Antrag verworfen und in keinem deutschen Einzelstaate zum Vollzug gebracht werde."

Diese Erklärung wurde sofort zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen. Dr. Müller aus Frankfurt hofft zuversichtlich,

daß, wenn auch ein Verbot des Vereins ausgesprochen würde, sich dennoch Mittel und Wege finden lassen werden, die Ziele des Vereins ebenso nachdrücklich wie bisher zu verfolgen. Metz hält sich, weil ihm gegenüber seit 15 Monaten alles Mögliche heraus und hinein interprenirt worden sei, für berechtigt, über die Species der „authentischen Interpretation" noch Einiges vorzutragen. Er verliest Art. 1 des Bundesvereinsgesetzes, weist nach, daß dieser nur solche Vereine verbiete, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden, und bezweifelt, daß selbst der Bundestag den für die Einheit und Ehre Deutschlands gesetzlich wirkenden Nationalverein als gemeingefährlich und mit der Bundesverfassung unverträglich verbieten könne. Möge aber selbst das Unmögliche möglich werden, so werde höchstens der Nationalverein vernichtet, die Nationalpartei werde fortleben und fortwirken. Jedes einzelne Mitglied werde bei allen Freunden für die Ziele des Vereins fortkämpfen und nach des Redners Ansicht sei das Ende des Nationalvereins und auch der Nationalpartei unausbleiblich vielleicht sogar nahe, aber nur in der Weise, daß die Nationalpartei abdanke zu Gunsten der freiheitlich geeinigten deutschen Nation. Die deutsche Nation lebe hoch! Es sprachen noch Dilthey, Appuhn ꝛc., worauf eine Sammlung für die Schleswig-Holsteiner veranstaltet wurde, die ein Ergebniß von 43 fl. lieferte. In die aufgelegten Listen zeichneten sich viele neue Mitglieder zum Nationalverein ein. Die Versammlung wurde um 7 Uhr geschlossen. Eine spätere Versammlung von mehr geselligem als politischem Charakter ist zum Lichtmeßtage in Rüdesheim anberaumt worden.

Frankfurt a. M. d. 9. Januar. Dem Vernehmen nach hat in der Ausschußsitzung der Bundesversammlung vom 7. d. der preußische Gesandte gemeinschaftlich mit dem österreichischen die Ansicht der deutschen Großmächte in Bezug auf das gegen Dänemark wegen Holsteins einzuhaltende Verfahren dargelegt. Sämmtliche Ausschußmitglieder haben dieser Auffassung zugestimmt. Der Referent des Ausschusses Herr von der Pfordten wurde veranlaßt, seinen Bericht an die Bundesversammlung möglichst zu beschleunigen.

Karlsruhe, 4. Januar. Wie der „Wes. Ztg." geschrieben wird, hat der Großherzog von Baden aus Anlaß des Jahreswechsels ein eingehendes Schreiben an den Kurfürsten von Hessen gerichtet, in welchem er, als deutscher Fürst und Genosse des Bundes, gestärkt durch eigene Erfahrung und eingedenk der hohen Pflichten, welche die Gegenwart insbesondere den Fürsten auferlegt, dem Kurfürsten die Ueberzeugung ausspricht, daß nur auf dem Grunde treuen Festhaltens an der ursprünglichen Verfassung eine Verständigung zwischen Fürst und Volk erzielt werden könne und zugleich die dringende Bitte an ihn richtet, in seinem eigenen wie im allgemeinen Interesse einen hochherzigen Entschluß in diesem Sinne zu fassen.

Hannover, den 7. Jan. Von hier ist eine Adresse an die achtunddreißig Mitglieder der s. g. 2. Kammer in Kurhessen eingesandt. — Auch von Emden, der alten Hauptstadt Ostfrieslands ist eine Adresse an die mannhaften Vertheidiger der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten des deutschen Bruderstammes in Kurhessen abgesandt. Ebenso aus Göttingen, Hildesheim und Osnabrück.

Oesterreich. Das erste vom Staatsminister Schmerling unterzeichnete Dokument ist heute erschienen; es ist die Wahlordnung für die Landtage aller Kronländer außer Ungarn und Venetien. Die Städte wählen ihre Abgeordneten direkt; die niedrigst Besteuerten haben jedoch kein aktives Wahlrecht, blos die Gemeindeglieder der beiden ersten Wahlkörper der Stadtgemeinden sind berechtigt. Mit diesem Grundsatz ist ein Census aufgestellt, der z. B. in der Residenz die Zahler von 10 fl. direkter Steuer von der Wahl ausschließt. — die Landgemeinden wählen indirekt, indem je 500 Einwohner des Bezirkes einen Wahlmann wählen, wobei wieder nur die zwei oberen Steuerklassen die aktive Wahl ausüben. — Die passive Wahl hat eine große Ausdehnung, da jeder 30jährige Oesterreicher, der in einer Wählerklasse des betreffenden Landes wahlberechtigt ist, Landesabgeordneter werden kann. — Das Dokument ist wieder etwas unklar und schwerfällig abgefaßt, allein der Inhalt ist ziemlich freisinniger Natur und kann als ein erheblicher Fortschritt auf der konstitutionnellen Bahn bezeichnet werden. Der auferlegte Steuercensus beschränkt zwar die Zahl der Wähler in den geschlossenen Ortschaften, allein er schließt die Intelligenz nicht aus, wie es bei den Goluchowski'schen Landesstatuten, die hierdurch im Wesentlichsten beseitigt sind, geschah. Die indirekte Wahl in den Landbezirken wird durch die Konzession aufgewogen, daß der zu Wählende nicht im Bezirke ansässig sein muß, sondern aus den Einwohnern des ganzen Kronlandes genommen werden kann. Besonders günstig wird es beurtheilt, daß die Wahlfähigkeit nicht an die Konfession gebunden ist, sondern blos an den Vollgenuß der bürgerlichen Rechte. — Das Ständewesen ist jedoch vollständig verlassen, und die Interessenvertretung zur Geltung gekommen; nur die unterste Steuerklasse wird vielleicht Opposition erheben, da sie sich gegen den Wahlmodus in Ungarn vom Jahre 1848 zurück gesetzt sieht. Dagegen werden besonders die Polen sich freuen, die Wahl den Bauern entwunden zu sehen, die keineswegs mit dem Adel gingen. — Das ministeriell verordnete Wahlgesetz ist mannigfach dem Tadel der liberalen Partei verfallen. Die Sonderung zwischen Stadt und Land und der Umstand, daß die bereits erlassenen Statute nicht gänzlich zurückgezogen wurden, scheint die Aufrechthaltung des ständigen Prinzips anzuzeigen. — Die Wien. Ztg. v. 9. meldet in ihrem amtlichen Theile, daß der Kaiser durch Handschreiben vom 7. d. hinsichtlich der in Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien und Slavonien vorgekommenen strafbaren Handlungen, bei welchen die Tendenz lediglich auf eine Aenderung des vor dem 20. Oktober 1860 bestandenen Regierungssystems gerichtet war, oder doch eine Beziehung hierauf vorliegt, einen umfassenden Gnadenakt erlassen habe, wegen dessen Durchführung sofort das Erforderliche verfügt worden ist. Die „Ostdeutsche Post" enthält ein Telegramm aus Pesth vom gestrigen Tage, nach welchem am 7. die Entschließung wegen Annahme der provisorischen Wahlordnung auf Grund des fünften Artikels vom Jahre 1848 erfolgt wäre. Der Landtag werde in Ofen am 2. April zusammentreten.

Frankreich. Im gegenwärtigen Augenblicke wird in Gaeta unter Vermittelung Frankreichs über einen Waffenstillstand unterhandelt. Kommt derselbe zu Stande, so hat das französische Geschwader vor Gaeta nichts mehr zu thun, und kehrt sofort zurück. Die Sache Viktor Emanuels und Franz II. würde es sein, sich während dieser Pause zu verständigen. Wenn kein Abschluß erfolgt, bis sie abgelaufen ist, so würde es dann der sardinischen Flotte freistehen, sich bei der Wiederaufnahme der Belagerung zu betheiligen. — Nächst den ungarischen Angelegenheiten beginnt jetzt auch Polen in den Pariser Tageblättern eine gewisse Rolle zu spielen. Die polnische Emigration entwickelt neuerdings eine große Thätigkeit, allerdings nur auf geistigem Gebiete, um die Sache ihres Vaterlandes auf die europäische Tagesordnung zu bringen. — Der „Moniteur" meldet, daß der Prinz Joachim Murat heute in Begleitung zweier Ordonnanz-Offiziere des Kaisers nach Berlin reist, um persönlich dem Könige von Preußen ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers zu überreichen. — Frankreich läßt seine Truppen rasch aus China herausziehen; es sollen nur so viele dort bleiben, als gerade nöthig sind, um die Expedition gegen Anam zu vollbringen. Es heißt, ein großer Theil der heimkehrenden Truppen solle nach Syrien geschickt werden. — Eine russische Fregatte hat Pulver und Kriegsvorräthe nach Gaeta gebracht. — Der „Moniteur" meinte heute, daß, wenn der Thronwechsel in Preußen nichts an der bisherigen Politik ändere, doch der König Wilhelm etwas thun werde, was er als Prinz-Regent noch nicht thun zu dürfen geglaubt habe; er werde jetzt aus königlicher Entschließung eine Amnestie erlassen.

Großbritannien. In London (d. 7.) wird von wenig Anderm als von der ungewöhnlich strengen Kälte gesprochen, die ohne Unterbrechung anhält, und in der That sehr empfindlich ist, da die Wohnhäuser nicht genügend gegen den Frost geschützt sind. Wir hatten gestern und haben heut 6—8° R. unter 0, dabei scharfen Nordwestwind und keinen Schnee. Es ist ein Winter, wie wir ihn hier seit Jahren nicht erlebt haben. Auf der Themse zeigt sich viel Treibeis, und was das Schlimmste dabei ist, beinahe täglich kommen Eisenbahnunfälle vor, die aus Mangel anderer Erklärungsgründe dem Umstande beigemessen werden, daß die Schienen durch den Frost gelockert worden sind. Auf zwei verschiedenen Bahnen waren vorgestern wieder Maschinen und Wagen aus dem Geleise gesprungen und theilweise zertrümmert worden. In beiden Fällen kamen mehrere Menschen ums Leben und andere mit schweren Verletzungen davon, ohne daß bis jetzt nachgewiesen worden wäre, ob die Schuld an den betreffenden Lokomotiven, Wagen, Führern oder Geleisen gelegen habe. Auch auf dem Eise in den verschiedenen Parks Londons waren gestern mehrere Beinbrüche und andere Unfälle zu beklagen, doch ist dies kein Wunder, da gegen 80,000 Menschen sich dort mit Schlittschuhlaufen unterhielten und mehr als dreimal so Viele dem Spektakel zuschauten. Aehnliche Berichte kommen vom Lande. — Aus Berlin wird dem „Herald" unterm 30. Dezember geschrieben: Aufmerksame Politiker bemerken mit einiger Befriedigung, daß die Beziehungen zwischen Preußen und Schweden mit jedem Tage inniger und freundschaftlicher werden. Bekanntlich ist es, das König Oskar vor seinem Tode dem gegenwärtigen Könige, Karl XV., anempfohlen hatte, sich so eng, als es die Verhältnisse nur gestatten würden, mit Preußen zu verbinden, in so fern beide Staaten sich in dem Einen Interesse begegnen, die Ostsee nicht, wie zu Zeiten des Kaisers Nikolaus geschehen, unter russische Herrschaft fallen zu lassen. Der jetzige König von Schweden ist in Folge der schwankenden Politik Englands zu der Ueberzeugung gelangt, daß er auf letzteres nie mit Sicherheit rechnen könne, und da es aus den Rüstungen der beiden letzten Jahre in den russischen Häfen und Arsenalen der Ostsee mit jedem Tage augenscheinlicher wird, daß Rußland sein Uebergewicht daselbst wieder herstellen will, so ist Schweden zu der Einsicht gelangt, daß eine herzliche Allianz mit Preußen das einzige wirksame Gegenmittel sei. Die preußische Regierung ist auf die Ansichten der schwedischen um so bereitwilliger eingegangen, als sie weiß, daß Kaiser Alexander in auswärtigen Angelegenheiten den Eingebungen des Fürsten Gortschakow vollständig folgt, und daß Preußen deshalb eher einen Gegner als einen Freund in Rußland finden wird, nachdem letzteres seit 1856 einen übertriebenen Werth auf eine innige Allianz mit Frankreich gelegt."

Italien. Turin. Der „Redoutable", der am 6. Januar in den Touloner Hafen einlief und am 5. die Rhede von Gaeta verlassen hatte, bringt laut telegraphischer Depesche folgende Nachrichten mit: „Die Piemontesen unterhalten fortwährend ein furchtbares Feuer, das großen Schaden in der Festung anrichtet. Sie haben auf nur 500 Meter Entfernung vom Platze neue Batterien errichtet, von denen eine entscheidende Wirkung erwartet wird. Die bourbonische Artillerie hatte ihr ganzes Feuer auf diese Position gerichtet und dieselbe mit Wurfgeschossen bedeckt, ohne daß es ihr gelungen war, die Arbeiten der Piemontesen zu hemmen, die jetzt entschlossen sind, mit dem Platze zu Ende zu kommen."

Amerika. Die neuesten Nachrichten aus Newyork reichen bis zum 27. Dezember und enthalten die wichtige Neuigkeit, daß Süd-Carolina durch ein einstimmiges Votum seiner 169 Vertreter am 20. Dezember seine Loslösung von der Union beschlossen hat. Die anderen Staaten des Südens von den Secessionisten bearbeitet, werden dem Beispiele Süd-Carolinas folgen.

Rußland. Man verfolgt in Petersburg (d. 1. Jan.) mit einer nicht geringen Aufmerksamkeit die österreichische Ministerkrise; die jüngsten Depeschen besonders, nach denen nicht Baron Hübner, sondern Graf Mensdorff Minister

des Aeußern würde, während Schmerling die Präsidentschaft bekäme, haben hier zu denken gegeben und sind noch nicht recht begriffen. Man kennt hier Mensdorff, der vor einigen Jahren Gesandter am russischen Hofe war und bezeichnet ihn ziemlich unumwunden als eine diplomatische — Unkapazität. Schmerling also, so sagt man hier, wolle, indem er das Portefeuille des Aeussern solchen Händen anvertraut, sich auch die oberste Leitung der diplomatischen Angelegenheiten vorbehalten. Oder wäre etwa Mensdorff nicht der Kandidat Schmerlings, sondern des Hofes, der selbst mehr oder minder unverantwortlich die auswärtigen Relationen verwirren möchte? — So frägt man sich hier.

Provinzielles.

Culm. Mit dem Beginn des neuen Jahres erscheint hier ein zweites Polnisches Wochenblatt, „Przyjaciel Ludu“ (Volksfreund) benannt, jeden Freitag, unter der Redaction des Herrn Gawrzyjelski Caplans der barmherzigen Schwestern. — Die erste Nummer dieses Blattes bringt einen Neujahrsgruß in Versen und ein Bild der „Culmer Mutter, Gottes“. Dieses Bild so will es der Autor, soll ein jeder Leser über seinem Bette aufhängen und in der dritten Strophe des von ihm vorgeschriebenen Gebetes die Mutter Gottes früh und spät um Fürbitte „für Ihre polnische Krone“ anflehen. In der siebenten Strophe läßt der Autor auch für sich und für seinen Volksfreund beten. — Demnächst kündigt der Redacteur in einem Gespräch zwischen ihm und einem Bauern Czerwonka, der ihn von einem Kranken nach Hause gefahren hat, an, von welchen Dingen er seine Leser zu unterhalten beabsichtigt, und betont natürlich vor Allem die Pflichten eines Polen für polnische Sache. Der Herr G. scheint den Bauer A. bei sich zu Hause, mit Hülfe eines Sängers Grzymalkiewicz von besagten vornehmlichen Pflichten endlich überzeugt und die ziemlich härtnäckigen und kräftigen Einwendungen desselben überwunden zu haben. — Schließlich wärmt der polnische Volksfreund noch die Geschichte aus Warschau auf, daß die Polen sich gegen den russischen Kaiser bei dessen letzter Anwesenheit daselbst unhöflich benommen hätten, daß dies vor aller Welt für brav gehalten werde, daß man in Warschau bei Gelegenheit einer Gedächtnißfeier für die vor 30 Jahren für die polnische Sache Gefallenen Abends in den Straßen „Noch ist Polen nicht verloren“ gesungen habe und daß die russischen Beamten über diesen unerhörten Muth erstaunt sich am Kopfe kratzten.

Die populäre Sprache des Geistlichen und der geringe Preis des Blattes (6 Sgr. pro Quartal) sind darauf berechnet, das zu Stande zu bringen, was der „Nadwislanin“ nicht gekonnt hat, den gemeinen polnischen Mann für die polnische Sache zu erwärmen. Ob dies aber nach den Einwendungen des Bauern Czerwonka, der meint, daß er mit der Sorge für seine Familie und seine Wirthschaft genug zu schaffen habe, und daß er die Sorge für die polnische Sache den polnischen Herren überlassen wolle, die dazu Zeit und Geld hätten, gelingen wird, ist sehr zu bezweifeln, da sich der polnische Bauer und gemeine Mann unter der preußischen Regierung, so viel uns immer bekannt geworden, wohl fühlt.

(Gr. Ges.)

Gollub, 7. Januar. Gestern wogte wieder einmal unser Städtchen von polnischen Edelleuten. Zu einem Flügel-Concert mit Gesang, ausgeführt von einer Polendame in Bernhard's Saale, Entree 1 Rubel zum Besten des Lipnoer Hospitals, hatten sich eine Menge Herrschaften aus Polen eingefunden. Die in Preußen wohnenden polnischen Besitzer waren wegen der Landestrauer meist zurückgeblieben. Ein Tanzvergnügen wurde von der Polizei untersagt.

Danzig, den 9. Januar. Wie wir hören, beabsichtigen mehrere Grundbesitzer der Provinz Westpreußen, darauf anzutragen, daß die landwirthschaftlichen Centralstellen zu Danzig und Marienwerder in eine einzige Provinzialcentralstelle vereinigt werden soll. Sitz derselben würde alsdann wahrscheinlich Danzig und die Generalversammlungen in Dirschau abgehalten werden. Es ließe sich von einer solchen Centralisation der landwirthschaftlichen Interessen der Provinz ein sehr guter Erfolg erwarten. — Die Pockenkrankheit, welche hier in einigen Bezirken arg hauste, ist bereits im Abnehmen begriffen. — Der hiesige Hafen ist, was seit mehreren Jahren nicht vorgekommen, in Folge der strengen Kälte (— 18° R.) zugefroren.

Aus Neustadt, den 2. Januar, wird uns mitgetheilt: „Gestern erhielt ich unter einer kleinen Geldsumme ein falsches Guldenstück, welches so täuschend nachgemacht ist, daß man es mit Zuverlässigkeit von einem richtigen Gulden nur durch den Klang unterscheiden kann. Der Falschmünzer hat sich die alten Gulden aus dem vorigen Jahrhnndert zum Vorbild genommen. Das Bildniß des Königs sowie die Umschrift: „Fridericus Borussorum Rex“ ist ganz deutlich abgedrückt; ebenso auf der andern Seite der Kranz, die zwei Sterne neben der 3 und das A. Die 3 und die Inschrift ist theilweise und die Jahreszahl ganz abgescheuert, so daß das Geldstück scheinbar wirklich die Spuren des Alters an sich trägt. Zur Beachtung und Warnung des Publikums theile ich Ihnen dieses mit.“

(D. Z.)

Hohenstein i. Ostpr., 7. Januar. Am Neujahrstage ist von hier folgende Adresse nach Kassel abgegangen: „In ehrender Anerkennung des Verhaltens des Volkes von Kurhessen in der Verfassungsfrage, wünschen demselben zum neuen Jahre: „festes Beharren auf dem ruhmvoll betretenen Wege des Rechts“, die Mitglieder des Nationalvereins zu Hohenstein in Ostpreußen.

Gumbinnen, 6. Januar. (K.H.Z.). Am Sonnabend Morgens 9 Uhr beobachteten wir eine seltene Naturerscheinung, zwei Nebensonnen, welche sich als Segmente eines regenbogenfarbigen Halbkreises um die eben aufgegangene Sonne darstellten. Man schließt gewöhnlich daraus auf nachfolgenden starken Frost. Uns scheint es vielmehr ein Beweis, daß die Luft mit Dünsten geschwängert und daher auf milde Temperatur und Schnee zu rechnen ist, die denn auch gestern und heute eingetroffen, indem das Thermometer von 17 auf 7 Grade gefallen und gestern tagüber Schnee fiel.

Verschiedenes.

— **Den Leserinnen** wird die nachstehende Statistik von Interesse sein, indem sie daraus ersehen, in welchem Alter sich die jungen Mädchen in Frankreich in den meisten Fällen zu verheirathen pflegen. Die Berechnung stützt sich auf tausend Fälle, die dem Civilstandsregister entnommen sind. Danach zählen bei 30 geschlossenen Ehen die Frauen 15—16 Jahre, bei 101 Ehen 16—17 Jahre, bei 219 Ehen 18—19 Jahre, bei 233 Ehen 20—21 Jahre, bei 165 Ehen 22—23 Jahre, bei 103 Ehen 24—25 Jahre, bei 60 Ehen 26—27 Jahre, bei 45 Ehen 28—29 Jahre, bei 18 Ehen 30—31 Jahre, bei 14 Ehen 32—33 Jahre, bei 8 Ehen 34—35 Jahre, bei 2 Ehen 36—37 Jahre, bei 1 Ehe 38—39 Jahre. Es ergiebt sich danach, daß die Mädchen vom 16—25 Jahre überhaupt sich am meisten verheirathen, daß daher die bedeutenste Zahl der Ehen (233) in dem Alter von 20—21 Jahren geschlossen werden.

— **Ein Stück amerikanischer Lynchjustiz.** (Aus dem „Missouri Democrat“). St. Louis, 8. Dezember. Ein Mann, Namens Smythimau, ein geborner Engländer, ist dieser Tage hier angekommen. Folgendes war ihm in Senalobia zugestoßen: Mit einem Neger in Geschäften daselbst angekommen, wurde er, der Himmel weiß weßhalb, von einigen Personen daselbst verdächtigt, ein Abolitionist zu sein, der das Land durchreise, um Sklaven zur Flucht zu verlocken. Natürlich wurde er sofort mit seinem Schwarzen eingesteckt. Letzterem wurde bedeutet, daß er baumeln müsse, wenn er die Schuld des Andern nicht unverzüglich bekenne, und so gestand er denn, was die Ankläger wünschten, wofür er nachträglich zum Dank durchgepeitscht wurde. Dem unschuldigen Weißen erging's schlimmer. Vor Allem zogen sie ihn splitternackt aus, trieben ihn so trotz der grimmigen Kälte hinaus vor den Ort in ein Gehölz und schlugen ihn mit ledernen Riemen so lange, bis er halb todt war. Dann schafften sie ihn wieder nach dem Ort zurück und verwahrten ihn die Nacht über in einem Frachtwagen der Eisenbahn, um ihm am andern Morgen den Garaus zu machen. Wirklich trieben sie ihn wieder hinaus ins Gehölz, banden ihn an einen Baum, rasirten ihm den Kopf glatt, und machten Anstalten, ihn aufzuknüpfen. Da versprachen ihm Einige aus dem Haufen, er solle mit dem Leben davon kommen, wenn er offen gestehe, daß er gekommen sei, Schwarze zur Flucht zu verleiten. Der arme Mann gestand in der Todesangst, was man wollte, und in der That ließen sie ihn am Leben, aber sie gossen im Theer über und über, daß er kaum die Augen öffnen konnte, beklebten ihn mit roher Baumwolle und so stießen sie ihn mit Fußtritten hinaus auf die Straße nach Memphis, wo er im kläglichsten Zustande ankam.

Lokales.

Coaksheizung. Der Verkauf von Coaks, welcher in unserer Gasanstalt erzeugt wird, ist gutem Vernehmen nach zufriedenstellend, doch glauben wir im Interesse aller derer, welche dieses billige Heizmaterial benutzen wollen, nichts Ueberflüssiges zu thun, wenn wir bemerken, daß die Oefen zur Coaksheizung besonders eingerichtet sein müssen, da die gewöhnlichen Oefen die Gluth des Coaks nur wenige Monate aushalten. Der Verwaltung der Gasanstalt erlauben wir uns die Frage vorzulegen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, den Coaks nach Gewicht und nicht nach Maaß zu verkaufen? —

— **Nationalverein.** In unserem Referate über die Versammlung am 8. d. Mts. in Nr. 5 u. Bl. ist eine aus Mißverständniß hervorgegangene irrthümliche Angabe mitgetheilt. Die Zahl der Mitglieder des Nationalvereins in der Stadt und im Kreise Thorn beträgt jetzt 68, welche 92 Thlr. Beitrag zahlen.

Die Commission, welche am 8. mit dem Entwurf der Petition an das Abgeordnetenhaus in der kurhessischen Verfassungsfrage beauftragt worden war, hat am 9. diese Aufgabe erledigt. Der Entwurf der Adresse ist aus der Feder des Syndikus Herrn Joseph geflossen. Heute, Sonnabend den 12. findet im Saale des Herrn Hildebrandt eine Versammlung zur definitiven Annahme der Petition statt. Hoffentlich wird dieselbe sehr zahlreich besucht werden, da es gilt ein Zeugniß abzulegen für das frische Leben des deutschen Geistes unserer Stadt, und zwar in einer Angelegenheit, die nicht blos unsere Brüder in Kurhessen angeht, sondern die Sicherheit des politischen Rechts aller deutschen Stämme gleich sehr berührt.

— **Lotterie.** Bei der am 9. Jan. angefangenen Ziehung der 1. Klasse 123. Königl. Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 86,112. 1 Gewinn von 3000 Thlr. auf Nro. 54,024. 3 Gewinne zu 1200 Thlr. fielen auf Nr. 7169. 8361. und 64,779. 1 Gewinn von 500 Thlr. fiel auf Nr. 80,352 und 1 Gewinn von 100 Thlr. auf Nro. 8741.

— **Handwerkerverein.** In der General-Versammlung am 10. d. legte der Rendant Herr Heins Kassen-Rechnung über das Jahr 1860, wonach ein Bestand von 63 Thlr. verbleibt; für die Lehrlingsschule sind 96 Thlr. verbraucht, obgleich ein ungenannter Gönner für dieselbe dem Herrn Direktor Passow 25 Thlr. eingehändigt hat, wofür dem edlen Wohlthäter durch Aufstehen der ganzen Versammlung gedankt wurde, was auch noch besonders öffentlich geschehen soll. Auf Antrag der Revisoren der Rechnung wurde dem Herrn Heins für die äußerst mühevolle und sorgsame Kassen-Verwaltung bester Dank abgestattet.

Der neue Etat wurde genehmigt, wonach 36 Thlr. für Botenlohn und Druckosten, 100 Thlr. für die Lehrlingsschule, 20 Thlr. für die Liedertafel, 30 Thlr. für Bibliothek und Zeitschriften, 50 Thlr. für Vergnügungen und 50 Thlr. ad. Insgemein, in Summa 286 Thlr. verausgabt werden können. — Der Stiftungstag des Vereins soll am Montag den 21. d. Mts. durch ein Abendessen à Couvert 10 Sgr. gefeiert werden. Nach beendigter General-Versammlung hielt der Herr Assistenz-Arzt Dr. Richter einen die allgemeine Aufmerksamkeit fesselnden, sehr lehrreichen Vortrag über den Fleichgenuß, worin er sich auch über die öffentlichen Schlachthäuser äußerte und hoffen wir, Einzelnes aus diesem Vortrage in einem der nächsten Nummern d. Bl. wiedergeben zu können. — In Folge einer eingegangenen Frage entspann sich eine lebhafte Debatte über die Zweckmäßigkeit der Herabsetzung des Communalzuschlages zur Mahl- und Schlachtsteuer in unserer Stadt von 45% auf 25%; dieselbe wurde jedoch nicht beendigt und soll in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

— **Das Läuten mit den Kirchenglocken** zur Ehre des Gedächtnisses des nunmehr in Gott ruhenden Königs ist ein hergebrachter und selbstverständlicher Akt der Pietät, der aber auch durch das Landesgesetz vorgeschrieben wird. Als seitens der hiesigen städtischen Exekutiv-Behörde jener Akt angeordnet wurde, leisteten hierorts der Aufforderung die Geistlichen beider christl. Konfessionen ohne Weiteres Folge. Auch der Herr Chef des Königl. Landrathamts hat eine derartige Aufforderung an die Geistlichen im Kreise ergehen lassen, nichts destoweniger unterlassen einige römisch-katholische Pfarrer, wie uns zuverlässigerseits mitgetheilt wird, das Läuten, weil ihnen hiezu keine Aufforderung vom Bischofe zugegangen ist. Uns kommt dieser Grund etwas sonderbar vor. Bilden denn die römisch-katholischen Pfarrer thatsächlich einen Staat im Staate und sind sie nicht mehr gehalten den Landesgesetzen von selbst zu gehorsamen und den Aufforderungen des Repräsentanten der Königl. Regierung im Kreise nicht eher Gehör zu geben, als bis ihnen hiezu eine besondere Anweisung seitens des Bischofes ergangen ist? —

Inserate.

Oeffentliche Sitzung der Stadt-Verordneten.
Sonnabend, den 12. Januar c., Nachmittags 3 Uhr im Saale der Stadtverordneten.

Tagesordnung: Magistrat überreicht den neuen Entwurf des Etats für die Verwaltung des St. Georgen-Hospitals pro 1860—65 mit dem Gutachten der Verwaltungs-Deputation des St. Georgen-Hospitals. — Magistrat beantragt die Genehmigung eines jährlichen Zuschusses von 87 Thlr. zur Erleuchtung und Beheitzung der im Seitengebäude des St. Jakobs-Hospitals für 8 Stadtarme neu eingerichteten 8 Stuben. — Fixirte Anstellung des Inspektors und des Buchhalters bei der Gas-Anstalt. — Gesuch des Herrn Eduard Elkan um den Consens als Mäkler. — Antrag des Vorstandes der israelitischen Gemeinde auf Befreiung des Synagogen-Grundstücks von öffentlichen Abgaben. — Herstellung eines Abflußkanals am Südende der Bäckerstraße. — Erneuerte Vorlage des Magistrats wegen Anlage eines Schlachthauses. — Antrag des Magistrats, betreffend die Anstellung eines Prozesses gegen die altstädtische evangelische Gemeinde wegen Räumung des Grundstücks Altstadt Thorn Nro. 231. — Lizitations-Verhandlung zur Verpachtung der Marktstands-, Ufer- und Pfahlgelder-Erhebung pro 1861. — Lizitations-Verhandlung zur Verpachtung der Chausseegelder-Erhebung pro 1861. — Magistrat beantragt die Genehmigung eines Vergleichs mit dem Maurermeister Herrn Kusel, betreffend den Abzug von 230 Thlr. für Erdarbeiten beim Bau des neuen Gasbehälters. — Antrag des Herrn G. Prowe, die Gründung eines städtischen Leihhauses und die Erhöhung der Zinsen für die Einlagen der Spaarkasse von $3\frac{1}{3}$ auf $4\frac{1}{6}$ % betreffend. — Gratifikations- und Unterstützungs-Gesuche.

Thorn, den 10. Januar 1861.

Der Vorsteher
Adolph.

Bekanntmachung.

Neue Hundemarken, gültig für das Jahr 1861 können nun in unserem Polizei-Fremden Bureau in Empfang genommen werden. Dabei ist gleichzeitig die für das erste Halbjahr fällige Steuer mit 15 Sgr. zu zahlen, widrigenfalls solche nach 14 Tagen exekutivisch beigetrieben werden wird.

Thorn, den 11. Januar 1861.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Sonnabend den 12. Januar d. J.
Nachmittags 3 Uhr

wird die Anfuhr von 150,000 Ziegeln von der Kämmerei-Ziegelei nach dem Eisenbahnhof im Brückenkopf in unserem Sekretariat an den Mindestfordernden ausgegeben werden, welches hierdurch bekannt gemacht wird.

Die einzuzahlende Caution beträgt 30 Thlr.

Thorn, den 11. Januar 1860.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der zum 14. d. Mts. anstehende Lizitations-Termin zur Ausbietung der Lieferung von Feuerlöschgeräthschaften für Rechnung der Gutsherrschaft Lipienitza wird hierdurch aufgehoben.

Thorn, den 11. Januar 1861.

Der Königliche Landrath.

Auction.

Montag den 14. Januar 1861
von 9 Uhr früh ab

werden in dem Hause heilige Geist-Straße Nr. 201 und 2 verschiedene Möbel, Haus- und Küchengeräthe meistbietend gegen sofortige baare Zahlung verkauft.

Ausverkauf

von **Herren-Winter-Röcken** zu auffallend billigen Preisen bei

A. Scierpser,
Markt-Ecke.

Neuestes der kosmetischen Chemie für die Toilette.

DR. L. BÈRINGUIER'S KRÄUTER-WURZELOL.

Zusammengesetzt aus den bestgeeigneten Pflanzen-Ingredienzien und öligen Stoffen, reichhaltig gesättigt mit Kohlenstoff, dessen ausserordentlichen Einfluss neuere Forschungen so evident festgestellt, ist dieses köstliche Oel zur Erhaltung und Verschönerung sowohl der Haupt- als Bart-Haare bewährt; es reihet sich dasselbe den allerbesten derartigen Erzeugnissen ebenbürtig zur Seite, übertrifft aber diese bei Weitem an **Billigkeit des Preises.** ☞ Alleinverkauf in Originalflaschen zu $7\frac{1}{2}$ Sgr. bei **D. G. Guksch** in Thorn.

Im Auftrage der vorberathenden Versammlung den 8. d. Mts. ersuchen die Unterzeichneten ihre Mitbürger zur Beschlußnahme über eine dem Hause der Abgeordneten **einzusendende Petition in der Kurhessischen Verfassungsfrage**

Sonnabend den 12. d. Mts.
Abends 8 Uhr

im Saale des Herrn Hildebrandt sich zahlreich einzufinden.

Thorn, den 9. Januar 1861.

Joseph. Kroll. C. Marquart. L. Prowe. Siebert.

Bekanntmachung.

Die Holzbestände des Pfarrwaldes zu Swierczynki, $1\frac{1}{2}$ Meile von Thorn, an der Culm-Thorner-Chaussee belegen und aus Laubholz bestehend, das sich vorzugsweise zu Nutz- und Schirrholz eignet, — sollen in Parzellen von 5 bis 10 Morgen verkauft werden. Hiezu steht ein Lizitations-Termin

am 7. Februar cr.,
Vormittags 10 Uhr

auf der Pfarrei zu Swierczynki an, zu welchem Kauflustige vorgeladen werden.

Ein Sechstel des Taxpreises ist im Termin von den Käufern zu deponiren.

Die Verkaufsbedingungen nebst Taxen sind auf der Pfarrei zu Swierczynki und auf der Pfarrei zu St. Marien in Thorn einzusehen.

Neben meinem seit 16 Jahren hier am Orte bestehenden Geschäfte habe ich mit heutigem Tage auch in Thorn ein

Speditions-, Commissions- und Rollfuhr-Geschäft

unter gleicher Firma errichtet und die Leitung desselben dem Herrn *Alexander Feyerabend* übertragen.

Bromberg, den 8. Januar 1861.

Julius Rosenthal.

Geschäfts-Lokal in Thorn, im Hause des Herrn *Eugen Meissner* Brückenstraße Nro. 33 und 34.

Zur Versendung von Frachtgütern aller Art nach allen Richtungen empfiehlt sich und sichert prompte und billige Expedition zu

Julius Rosenthal,
Spediteur, Brückenstraße Nr. 33/4.

Meine täglichen Fuhren unterhalten die Verbindung mit Bromberg; ich empfehle solche zur geneigten Benutzung bei Versendung von Frachtgütern; ganz besonders bitte ich Getreide, welches ab Bromberg per Bahn weiter gehen soll, mir zu übergeben.

Thorn, im Januar 1861.

Spediteur *Julius Rosenthal.*

Im Poczalkowoer Walde unweit von Bruschkrug, sind große Strauchhaufen aus dem vorigen Winter à 4 Sgr. zu haben.

Thorn, im Januar 1861.

G. Hirschfeld.

Ich beabsichtige eine Quantität diverse **Aepfel**, die Metze zu 2 Sgr., im Hause des Herrn Fenski zu verkaufen

Zentarski.
Pächter.

---

1 **Schuppenpelz** (Pr. ca. 15 Thlr.), 1 **chem. Apparat** von Professor Stöckhardt ganz vollständig, 1 **Fernrohr,** sind mir zum Verkauf übergeben.

F. Türcke.

Am 7. Januar cr. ist mir in Thorn ein schwarzer junger Pudel auf den Namen **Leo** hörend, verloren gegangen. Derselbe kann gegen Erstattung der Futterkosten an den Hotellieur Herrn *Sassanowski* abgegeben werden.

Ein Familien-Schlitten und **zwei Glocken** sind zu verkaufen. Das Nähere in der Expedition dieses Blattes.

Ein **tüchtiger Inspector** (katholisch), und ein **Wirth** können placirt werden durch

Schröter.



Die **Wassermühle** zu Kasczorek, sowie die **Krüge** zu Wygodda und Bielawy sind vom 1. April cr. auf anderweitige drei Jahre zu verpachten. Hierauf Reflektirende wollen sich an die **Gutsverwaltung** zu *Bielawy* wenden.

Bielawy, den 6. Januar 1861.

Eine möblirte Stube ist zu vermiethen bei

F. Hesselbein. Neust. Nr. 104.

In meinem Hause Altstadt Nr. 59 Baderstraße ist eine Wohnung 2 Treppen hoch zu vermiethen und sofort zu beziehen.

F. L. Weitzenmüller.

Kirchliche Nachrichten.

In der altstädt. evangelischen Kirche.

Getraut: Den 8. Jan. Der Maurermstr. Ernst Lud. Schwartz mit Jungfr. Aurora Angelika Clara Steinicke.

Gestorben: Den 6. Jan. Emma Therese Tochter des Exekutor Marquardt, 1 J. 2 M. 14 T. alt an der Auszehrung.

In der St. Johannis-Kirche.

Getauft: Den 6. Jan. Anton, Sohn des Arbeitsm. Jos. Wisniewski, geb. den 29. Dez. pr. — Anton, Sohn der unverehelichten Marianna Bachorska, geb. d. 25. Dez. — Johann, Sohn der unverehelichten Marie Alfuß, geb. den 27. Dez.

Gestorben: Den 4. Jan. Aug. Gatzer, pensionirter Crimininalgefängnißw., 66 J. alt an Brustkrankheit. Den 5. Jan. Julian Miecznikowski, Translateur beim Kgl. Kreisgericht, 38 J. 6 M. alt, an Schleimhautgeschwüren.

In der St. Marien-Kirche.

Gestorben: Den 7. Jan. Ein nicht getauftes uneheliches Kind des Dienstmädchen Barbara Sikorska zu Culm.-Vorst., 14 Tage alt, an Schwäche.

In der neustädt. evangelischen Stadt-Geminde.

Gestorben: Den 8. Jan. Frau Laura, geb. Schmidt, Wittwe des Schuhmachermstrs. Joseph May, an Lungenentzündung, alt 56 Jahr.

Es predigen:

Dom. I. p. Ehiphanias den 13. Januar cr.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Pfarrer Markull.
12 Uhr Mittags Herr Garnisonprediger Braunschweig.
Nachmittags Herr Pfarrer Gessel.
Abends 6 Uhr in der geheizten Sacristei Bibelstunde Herr Pfarrer Markull.
Freitag den 18. Januar. Herr Pfarrer Markull.

In der neustädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Pfarrer Dr. Güte.
Nachmittags Herr Pfarrer Schnibbe.
Dienstag, den 15. Januar. Herr Pfarrer Dr. Güte.

Thorner Getreidemarkt

Vom 5. bis 11. Januar 1861.

Die Zufuhren waren in Folge der guten Wege sowie der höheren Getreidepreisen, diese Woche bedeutend. Weizen nach Qualität per Wispel 48—78 Thlr. per Scheffel 2 Thlr. bis 3 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf.; Roggen per Wispel 40—45 Thlr., per Scheffel 1 Thlr. 20 Sgr. bis 1 Thlr. 26 Sgr. 3 Pf.; Gerste per Wispel 32 bis 38 Thlr., per Scheffel 1 Thlr. 10 Sgr. bis 1 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf.; Erbsen weiße per Wispel 42—46 Thlr., per Scheffel 1 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. bis 1 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf.; graue per Scheffel 2 Thlr. 15 Sgr.; weiße Bohnen per Scheffel 2 Thlr. 15 Sgr.; Hafer per Wispel 20—22 Thlr., per Scheffel 25—27 Sgr. 6 Pf.; Hirse 1 Thlr. 10 Sgr.; Buchweizen per Scheffel 1 Thlr. 10 Sgr; Kartoffeln per Scheffel 20—22 Sgr.; Butter 7—8 Sgr. per Pfund; Stroh per Schock 6 bis 7 Thlr.; Heu per Centner 15—18 Sgr.

Amtliche Tagesnotizen.

Den 10. Januar. Temp. K. 13 Gr. Luftd. 28 Z. 6 Str. Wasserst. 5 F. 10 Z.

Den 11. Januar. Temp. K. 11 Gr. Luftdr. 28 Z. 6 Str. Wasserst. 5 F. 10 Z.